

## Ein Kommentar

### „Sonderwirtschaftszone Ostdeutschland“ – nur eine zweitbeste Lösung

Deutschland ist ein im internationalen Vergleich überdurchschnittlich stark reguliertes Land. Und es ist inzwischen kaum mehr strittig, dass Regulierungen gleich welcher Art wegen der damit verbundenen Einschränkungen der wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen Wachstum und Beschäftigung behindern können. Zunehmend wird deshalb gefordert, wenigstens in Ostdeutschland der Wirtschaft mehr Freiheit zu geben, um auf diese Weise dem stockenden Aufbauprozess hier neuen Schwung zu geben. Was ist von dieser Idee zu halten?

Auf den ersten Blick sicherlich sehr viel: Wenn es richtig ist, dass Regulierungen wachstums- und beschäftigungshemmend wirken, so spricht angesichts der wirtschaftlichen Probleme der neuen Ländern nicht viel gegen deren Abbau. Aber: Ein Wachstumsproblem hat nicht nur Ostdeutschland, sondern Deutschland insgesamt! Eine Deregulierungsoffensive tut deshalb in ganz Deutschland not. Und Ansatzpunkte hierfür bieten sich viele.

Allen voran das Arbeitsrecht, das über vielerlei Mechanismen Einstellungen erschwert, die Flexibilität des Arbeitseinsatzes verringert und die Arbeitskosten erhöht. Dann das Baurecht, dessen vielfältige Bestimmungen zu beachten das Bauen verteuert; das Umweltrecht, dessen teilweise strengen Regelungen die Produktion aus dem Land zu treiben geeignet sind und die zumindest dort nicht einzusehen sind, wo mangels Bevölkerung kaum jemand von Umweltgefährdungen beeinträchtigt ist; das Recht der Handwerker und der freien Berufe, die zwar vorgeblich dem Verbraucherschutz dienen, aber bei Lichte betrachtet doch nichts weiter sind als Instrumente zur Beschränkung von Marktzutritt und Wettbewerb ... und so weiter und so weiter.

Doch halt! Auch für eine umfassende Deregulierung zu plädieren heißt nicht, eine gänzlich unregulierte Wirtschaft zu befürworten. Ein allgemein als verbindlich anerkannter Rechtsrahmen ist schon deshalb erforderlich, um eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft überhaupt funktionsfähig zu halten. Mehr noch, Regulierungen können trotz etwaiger negativer Wachstums- und Beschäftigungswirkungen sogar legitim sein, wenn sie der Erfüllung allgemein anerkannter gesellschaftlicher Ziele – wie zum Beispiel dem Schutz kulturellen Erbes, der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen oder der Wahrung der Volksgesundheit – dienen. Da aber zwischen diesen unterschiedlichen Zielen Konflikte bestehen können, ist es letzten Endes eine politisch zu entscheidende Abwägungsfrage, welche Regulierungen sich eine Gesellschaft leisten will und kann. Und hier liegt der Kern des Problems: Notwendig für eine aus wachstumspolitischer Sicht wünschenswerte Deregulierungsoffensive ist zunächst eine inhaltliche Diskussion darüber, welche Regulierungen für Deutschland heute noch angemessen sind und welche nicht. Schon eine solche Diskussion zu führen erfordert viel Kraft, Reformen dann auch durchzusetzen, noch viel mehr.

Durchaus denkbar ist deshalb, dass auch der Abbau objektiv eher negativ zu beurteilender Regulierungen an der Vielzahl der im politischen Entscheidungsprozess nach Berücksichtigung rufenden Interessen scheitert. Als eine naheliegende Lösung dieses Dilemmas mag es da scheinen, vermehrt Regulierungshoheit vom Bund auf die Ebene der Bundesländer zu verlagern, in der Hoffnung, dass hier eher als auf Bundesebene regionalen Problemlagen angepasste Regelungen gefunden werden können. Gerade den neuen Ländern scheint dies vielfach verlockend. Doch auch hierbei ist Vorsicht angeraten, stünde damit auf mittlere Sicht doch auch das System des Länderfinanzausgleichs zur Disposition, der, gleichsam als Ausgleich für mangelnde wirtschaftspolitische Kompetenzen, heute den wirtschaftlich schwächeren Ländern eine gewisse Kompensation ihrer geringeren Wirtschaftskraft ermöglicht. Und ob durch regionale Deregulierung allein so hohe Wachstumsimpulse generiert werden können, dass damit Finanztransfers in überschaubarer Zeit überflüssig gemacht werden können, muss zumindest unsicher erscheinen.

Hieraus folgt: Die Idee einer „Sonderwirtschaftszone Ostdeutschland“ birgt Gefahren, die sich erst bei näherem Hinsehen erschließen. Allemal besser wäre es deshalb, jetzt für ganz Deutschland die inhaltliche Diskussion darüber zu führen, welche positiven und negativen Wirkungen von einzelnen Regulierungen ausgehen und ob es bessere Wege gibt, die im politischen Willensbildungsprozess geäußerten Ziele zu erreichen. Verstärkte Deregulierung allein in und für Ostdeutschland bleibt demgegenüber nur eine zweitbeste Lösung.

*Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de*